

Kurzfassung

Hochschulmanagement und Hochschulpolitik:

Band 15-2

Overview

Higher Education Management and Policy: Volume 15 Issue 2

German translation

Die Kurzfassungen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen. Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich

www.oecd.org/bookshop

Diese Kurzfassung ist keine amtliche OECD-Übersetzung.



ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT

ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

Entwicklung von "Weltklasseuniversitäten": Das Japanische Experiment

Akiyoshi Yonezawa

National Institution for Academic Degrees (NIAD), Japan

Weltklasseuniversitäten zu realisieren, ist der Traum jedes Forschers und jedes Staates. Solche zu entwickeln und ihren Status zu wahren, ist jedoch auch in hochentwickelten Industrieländern ein schwieriges Unterfangen. Folglich neigen die Regierungen - gewöhnlich mit der Unterstützung der führenden Mitglieder der akademischen Gemeinschaft - dazu, ihre Investitionen auf Topuniversitäten zu konzentrieren.

Es steht jedoch keineswegs fest, ob die besondere Förderung einer begrenzten Zahl von Hochschulen wirklich der effizienteste Ansatz ist, um die Qualität von Forschung und Entwicklung in einem gegebenen Land zu verbessern. Ähnlich wie bei der Einführung des BK21-Konzepts in Korea entstand auch in Japan eine heftige Diskussion in Forscherkreisen, als die Regierung sich daran machte, zirka 30 "Top"-Universitäten auszuwählen.

Um nachhaltige Anreize zu schaffen sowie die Rechenschaftspflicht und den Wettbewerb unter Hochschulen zu fördern, sollte die staatliche Hochschulpolitik auf die spezielle Ausstattung von "Flaggschiffuniversitäten" abzielen, und gleichzeitig weiter die Wissensinfrastruktur "gewöhnlicher" Hochschulen unterstützen. Dieser Artikel analysiert das japanische "Weltklasseuniversitäts"-Konzept sowohl aus der Sicht der Forschungsgemeinschaft als auch vom Standpunkt der Regierung aus. Das Thema wird als eine Frage erörtert, mit der die meisten OECD-Länder konfrontiert sind.

Steuerung der Hochschulforschung über staatliche Instrumente

John Kleeman

University of New England, Australien

Abstract - Im Juni 1999 signalisierte die australische Regierung mit der Veröffentlichung eines Grünbuches ihre Absicht einer Neuordnung von Forschung und Ausbildung von Forschern an Hochschulen. Nach Kommentierung in einer öffentlich und institutionell geführten Debatte wurden die Reformen durchgeführt: die neue Hochschulpolitik beruht nun auf einer separaten leistungsorientierten Finanzierung von Forschung und Ausbildung von Forschern, getrennt von den Haushaltsmitteln für die gewöhnliche Lehrtätigkeit, wobei die staatlichen Forschungsmittel im Rahmen des neuen Finanzierungssystems zwischen den Universitäten frei verschoben werden können.

Die staatlichen Mittel müssen in den Hochschulen intern forschungsaktiven Bereichen zugewiesen werden, die mit einer großen Zahl von Studierenden und erheblichen externen Zuwendungen am stärksten zu den Leistungsindikatoren beitragen, die ja die Grundlage für die Finanzierung darstellen. Diese staatliche Finanzierungslogik mit interner Ressourcenallokation lässt sich modellieren; die Ergebnisse deuten auf möglicherweise dauerhafte Veränderungen im Wesen der Hochschulen hin, wenn sich die Art der Finanzierung und Evaluierung akademischer Arbeit ändert.

Solche Finanzierungsmodelle können lehrintensive Bereiche mit einer geringen Anzahl von Studenten und geringen externen Zuwendungen praktisch völlig mittellos lassen, so dass nicht einmal

ein Basisniveau an Forschung und Gelehrsamkeit sichergestellt werden kann. Das bedroht Niveau und Art des Hochschulunterrichts, der von seinem Wesen her in einem Umfeld stattfinden sollte, in dem Gelehrsamkeit gepflegt und neue Erkenntnisse durch Forschung gefördert werden sollten.

Der Beitrag geht im Kontext der Modellierung der Forschungsfinanzierung nach Darstellung dieser Fragen darauf ein, wie die Hochschulverwaltungen und "Basis"-Akademiker auf die Herausforderung der Anpassung an die neue Politik und den neuen Finanzierungsrahmen reagieren.

Fehlen einer bundesweiten Qualitätssicherungspolitik in Deutschland – Auswirkungen und Alternativen Gero Federkeil

CHE – Centrum für Hochschulentwicklung, Deutschland

Aufgrund seines föderalistischen Aufbaus hat Deutschland im Gegensatz zu Staaten wie den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich keine gesamtstaatliche Qualitätssicherungspolitik im Hochschulwesen. Es gibt mehrere Instrumente, um Mindestanforderungen festzulegen oder die Qualität in irgendeiner Weise zu evaluieren; keines zielt jedoch auf eine gesamtstaatliche Qualitätssicherung ab. Die staatliche Zulassung der Lehrpläne und Hochschulen obliegt den Ländern und erfolgt nach mehr oder weniger formalen Kriterien. Evaluierungen erfolgen entweder auf institutioneller oder auf regionaler Ebene (vgl. Nordverbund). Folglich wird den Evaluationsergebnissen nicht viel öffentliche Aufmerksamkeit geschenkt. Die Akkreditierung steckt noch in den Kinderschuhen und ist auf die neu eingeführten Bachelor- und Master-Bildungsgänge beschränkt. Die einzigen bundesweiten Vergleichsinstrumente im Hochschulwesen sind die von privaten Einrichtungen durchgeführten Rankings. Der Autor geht darauf ein, wie sich das Fehlen einer für ganz Deutschland geltenden Qualitätssicherungs- und Ranking-Politik auswirkt, und beschreibt wichtige Elemente eines methodischen Standards für Rankings, die zur Auftragserfüllung zu beachten sind.

Der staatliche Einfluss auf die institutionelle Differenzierung in Neuseeland Andrew Codling und Lynn V. Meek

UNITEC, Neuseeland, und University of New England, Australien

Das neuseeländische Hochschulwesen ist ein kleines, aber komplexes Gebilde von Colleges, technischen Universitäten, Fachhochschulen und Universitäten, das für ein System für nur rund vier Millionen Einwohner auf den ersten Blick eine bewundernswerte Vielfalt zu bieten scheint. Während das 1990 verabschiedete Rahmengesetz vier Arten von öffentlichen Hochschuleinrichtungen unterscheidet, haben sich die institutionellen Formen in den letzten 12 Jahren in der Praxis nach und nach aneinander angenähert.

Über einen kurzen historischen Rückblick und die Analyse des institutionellen Auftrags, der Leitbilder und der veröffentlichten Leistungsindikatoren untersucht und veranschaulicht dieser Beitrag die verschiedenen Standpunkte bezüglich der Vielfalt der in den letzten 12 Jahren konvergierenden

Hochschulen Neuseelands. Diese Konvergenz trat in einer langen Zeitspanne der Deregulierung ein, in der die Zielrichtung des Hochschulwesens und seiner Institutionen in Ermangelung einer eindeutigen staatlichen Hochschulpolitik vom Markt mitgestaltet wurde. Auch die jüngsten formalen Maßnahmen, durch die starke und eigenständige institutionelle Identitäten entwickelt und eine größere Differenzierung unter den Hochschulen gefördert werden sollten, wurden letztlich durch dieselbe Regierung durchkreuzt, die mit einer Begrenzung der Anzahl der Universitäten im Land eine Änderung des Systems vereitelt.

Die Auswirkungen der britischen Forschungsevaluationen auf Hochschulen, Institute und betroffene Personen

Paul G. Hare

Heriot-Watt University, Großbritannien

Die britischen Universitäten werden zur Wahrnehmung ihres Lehr- und Forschungsauftrags durch staatliche Mittel finanziert. Seit der Mitte der 80er Jahre gründet sich der Großteil der Forschungsmittelzuflüsse im Rahmen der universitären Mittelzuweisungen auf Evaluationen der Forschungstätigkeit (research assessment exercise - RAE), von denen die jüngste 2001 abgeschlossen wurde. Die RAE2001-Ergebnisse wirken sich ab dem Studienjahr 2002-3 auf die Mittelzuweisungen aus. Der Artikel erläutert das RAE-System mit seinen Vor- und Nachteilen, steckt den Rahmen für eine Analyse des Systems ab und untersucht die verfügbaren Anhaltspunkte hinsichtlich der Auswirkungen des RAE-Systems. Schlussfolgernd wird festgestellt, dass das RAE-System in seiner jetzigen Form überholt ist und einer Allokationsmethode weichen sollte, die sich auf das Volumen der Forschungsmittelzuwendungen und Forschungsaufträge, die eine Institution in der Lage ist, anzuziehen, stützt. Zur Aktualisierung des Beitrags geht ein kurzes Postscriptum auf das britische Weißbuch zum Hochschulwesen ein, das im Januar 2003 veröffentlicht wurde.

Neue Incentive- und Rechenschaftsmechanismen im Hochschulwesen mit Verknüpfung der regionalen, nationalen und globalen Dimension

Fumi Kitagawa

Universität Birmingham, Großbritannien

Thema dieses Artikels ist die Untersuchung neuer regionaler Rechenschaftsmechanismen und Anreize im Hochschulwesen zur Förderung wissensbasierter Wirtschaftssysteme und neuer Leitungsstrukturen. Gegenstand der Analyse ist die neue Hochschullandschaft in einer Region Großbritanniens und der Einfluss der verschiedenen Ebenen staatlicher Instrumente einschließlich politischer Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene und des Effekts der Globalisierung auf die Wirtschaft. Der Beitrag versucht den Begriff Rechenschaftspflicht ("accountability") in einem dezentralisierten nationalen Rahmen mit dem Ziel der Einrichtung "lokaler Bildungssysteme" in einer globalen Lerngesellschaft darzustellen. Die verschiedenen Rollen und Aufgaben, die den Hochschulen

auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene zuweisen werden, nehmen an Komplexität zu; Universitäten müssen daher einige ihrer Schlüsselaufgaben effizienter mit anderen Einrichtungen der Gesellschaft teilen. Es sind Anreize erforderlich, um in einem strategischen Rahmen Verbindungen zwischen "unternehmerischen Universitäten" und anderen gesellschaftlichen Akteuren herzustellen.

Reduzierung des Bildungsangebots in einer leistungsorientierten Perspektive Jeroen Huisman und Oscar Van Heffen

Center for Higher Education Policy Studies (CHEPS), Universiteit Twente, Niederlande

Zu Beginn der 90er Jahre haben die niederländische Regierung und Vertreter der Arbeitgeberorganisationen den berufsvorbereitenden Hochschulsektor aufgefordert, das Bildungsangebot in den einzelnen Subsektoren neu zu ordnen, das heißt die Anzahl der Bildungsgänge zu reduzieren, um die Angebotseffizienz zu erhöhen. Ein auf die Analyse der Mittelabhängigkeit und der Netzwerke gestützter theoretischer Rahmen dient als Grundlage zur Erläuterung, warum die einzelnen Subsektoren auf den Druck, das Angebot zu verringern, unterschiedlich reagiert haben. Die empirische Analyse erfolgt am Beispiel von vier Subsektoren: Landwirtschaft, Wirtschaft, Ingenieurwissenschaften und soziokultureller Sektor. Die Grundannahmen konnten nur teilweise bestätigt werden; es lässt sich jedoch die gegenseitige Beeinflussung von staatlicher Abhängigkeit, Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt und Vielfalt des Subsektorangebots nachweisen. Aufgrund der geringen Fallzahl wird empfohlen, weitere Untersuchungen anzustellen. Gleichzeitig wird angeregt, zur Feststellung des Hinzukommens oder Wegfallens von Bildungsgängen den gewählten Macro-Approach durch Mikroanalysen (Fallstudien) zu ergänzen.

Evaluierung der Lehr- und Forschungstätigkeit mit dem Ziel der Ermittlung des richtigen Gleichgewichts Javier Vidal und José-Ginés Mora

Universität León und Universität Valencia, Spanien

Die Lehr- und Forschungstätigkeit des akademischen Personals an den spanischen Hochschulen unterliegt seit 1990 regelmäßigen Evaluationen. Es gibt nationale, regionale und institutionelle Qualitätsbewertungen. Jede Evaluation ist anders geordnet. Bereits die Art und Weise, wie sie aufgebaut ist, deutet auf die Bedeutung hin, die jedem Tätigkeitsfeld beigemessen wird. Positive Bewertungen sind generell mit einer Erhöhung der Bezüge und Nebenleistungen verbunden.

Dieser Artikel untersucht das Evaluationssystem der Lehr- und Forschungstätigkeit und die eventuelle Nutzung dieses Systems als Steuerungsinstrument zur Förderung der Forschungstätigkeit, die sich letztlich zu Lasten der Lehrtätigkeit auswirkt.

"Leadership" und "Governance" bei der Analyse der Hochschulorganisation: Auseinandersetzung mit zwei Begriffen Stéphanie Mignot-Gérard

Centre de Sociologie des Organisations (FNRS-CNRS), Paris, Frankreich

Dieser Beitrag ist eine kritische Betrachtung der angelsächsischen Literatur über Leadership und Governance im Hochschulwesen seit den 60er Jahren. Die Kritik leitet sich von umfassenden empirischen Arbeiten über das operative Management und die Leitungsstrukturen an französischen Hochschulen ab. Es soll aufgezeigt werden, dass bei Leadership-Analysen häufig ein allzu persönlicher, realitätsfremder oder normativer Ansatz herangezogen wurde und dass Governance-Analysen an Hochschulen zu stückhaft waren. Alternativ dazu wird hier eine neue Definition der Leitungsstrukturen an Hochschulen vorgeschlagen, die alle Facetten widerspiegeln, insbesondere das Konflikt- bzw. Kooperationspotenzial zwischen Führungsgremien, die Verflechtung der zahlreichen kollegialen Gremien, die in die Entscheidungsfindung eingebunden sind, und die Beziehungen zwischen Führungs- und Vertretungsorganen.

**Die vorliegende Kurzfassung enthält die Übersetzung von Auszügen aus:
Higher Education Management and Policy: Volume 15 Issue 2
Politiques et Gestion de l'enseignement supérieur : Volume 15-2
© 2003, OECD**

OECD-Publikationen und -Kurzfassungen (Overviews) sind verfügbar unter:

www.oecd.org/bookshop/

Geben Sie im Online-Buchladen im „Title Search“-Suchfeld „Overview“ oder den englischen Titel der Veröffentlichung ein (es besteht systematisch ein Link zwischen den Kurzfassungen und der englischen Originalfassung).

Die Kurzfassungen werden von der Abteilung Rechte und Übersetzungen,
Direktion Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, ausgearbeitet.

E-Mail: rights@oecd.org / Fax: +33 1 45 24 13 91



© OECD, 2003

Die Wiedergabe dieser Kurzfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD
sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.